

Abstimmung von 10 Stabellen zu überreichen." Es ist zu bemerken, daß die Eröffnung des Kaiserlichen Zuges bei Bochum im October 1888 auf derselben Bühne stattgefunden hat.

Deutsches Reich.

* Freiburg, 1. Mai. Die gestern Nachmittag im Gewerbehaus abgehaltene zahlreiche besetzte Versammlung von Vertreternenmannen aller Parteien aus unserem Wahlkreis hat am Schluß mit allen außer den 11 Stimmen der Deutschnationalen, die sich der Abstimmung enthielten, folgende Resolution geprägt: "Die deutige Verhandlung von Vertreternenmannen aus den Kreisen ordnungstreuer Wähler im 9. Wahlkreis spricht sich nach den Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten Geheimer Regierungsrat Werbach aus, daß derselbe als geeigneter Kandidat aller ordnungstreuen Parteien auch für den Fall einer Reichstagswahl zu empfehlen ist, zumal nach Lage der Verhältnisse seine Kandidatur am ehesten einen Wahlsieg der Deutchnationalen erhofft läßt." (Freib. Anz.)

t. Aus dem Vogtland, 1. Mai. Der conservative Verein für das obere Vogtland hat sich bezüglich beider conservativen Kandidaten, welche für die nächste Landtagswahl im 45. hänischen Wahlkreis aufgestellt waren, mit erheblicher Stimmenmehrheit für den zuletzt genannten Abgeordneten, Unterstaatssekretär Weißer aus Rathau, entschieden und beschlossen, aus der Kandidatur dieses Herren zu unterstecken.

ss. Berlin, 1. Mai. Wie mitgetheilt, hat die Regierung durch den offiziellen Telegraphen bekannt geben lassen, daß der Kaiser mit Rücksicht auf den Ernst der Lage und die folgenschweren Bedrohungen, welche im Reichstag zu erwarten seien, seine Reise abführen würde. Der amtliche "Reichsanzeiger" giebt die Meliorung der gesetzten Disposition, ohne Verzugsgesetz anzuhören. Ob die erste Ankündigung des Telegraphen von Einfluß auf die folgeschweren Bedrohungen des Reichstags sein wird, läßt sich nicht beweisen. Sicher ist, daß Freiberg v. Haerne die Bewilligung, eine Anzahl Centrumsmänner für einen vom Reichstag angenommenen Compromißantrag zu gewähren, noch nicht ausgegeben hat. Und unmöglich ist es nicht, daß er nach der Aufführung des Kaisers in der Lage sein wird, seiner Wohnung zu einer partikulären Nachgiebigkeit verständigen zu können. Jedenfalls wird es sehr wahrscheinlich gehalten, daß der vaterländische Besuch spätestens an der vorbereitenden Sitzung des Reichstags am 15. April endlich stattfinden wird.

— Die deutschfreisinnige Fraktion des Reichstags tritt ferner die Verhinderung an, daß im deutschfreisinnigen Lager die Abstimmung gegen das Herauszögern einer Reichsverfassung fort in Waffen beginnen solle. Trotz alledem ist die Ansicht, daß eine Mehrheit werde befehligen werden, um Stunde nicht zu vordertholen. Was dann die Verhinderung betrifft, daß einer Abstimmung die Auflösung folgen werde, so befugt sie nach wie vor bestehende Zweifel. Immerhin spricht für die Wahrscheinlichkeit der Auflösung nicht weniger als ein Sprach einer unbedingt angeführten und bestielten zweitwichtig arbeitenden öffentlichen Presse. Aber schon in dieser Hinsicht ist es bedenkenswert, daß die demokratische "Augsburger Zeitung", welche — so entdeckt die Presse — zweckles Beziehungen im Reichskanzlerpalais unterhält, nun mit einem Male aufhört, die Auflösung für unantreiblich anzusehen. Was den magazinierenden Widerstand, den Bundesrat, anlangt, so ist es mehrwürdig, welche in der Presse überliefert worden, daß das höchste Regierungsbüro, das "Dresdener Journal", die Dementierung der Meliorung, die tatsächliche Regierung habe sich gegen die Abstimmung ausgesprochen, in die Worte gefleidet hätte:

"Der Zeit ist es Sachen kein Anlaß vorgelegen, zu einer soischen Frage Stellung zu nehmen." Dies entspricht dem Bundesrat und zwar nicht nur, insofern Sachsen in Betracht kommt. Es ist über die Frage, was nach der Abstimmung der Militärvorlage zu geschehen habe, zwischen den Bundesregierungsmitgliedern nicht verhandelt worden, und die Annahme liegt nahe, daß dem Entschluß des Kaisers, seine Reise abzuführen, der Wunsch zu Grunde liegt, die Austrittssatzung der Ausstellung in dem Stadium, in welches sie vornehmlich veranlaßt worden ist, nicht mehr anstrenglich in den Händen des Kaiser-Gouvernements zu liegen. Die mehrfach aufzutretende Vermuthung, daß Reichstagsabgeordnete werden, zwischen den Verteidigungsminister und dem Reichskanzler verhandelt haben, nicht nur die Willensänderung des Großherzogs von Sachsen, sondern durch ihn auch die andere Bundesfürsten lehnen, mag auf sich beruhend vermutlich haben, die Dinge so, daß die bestehende Rücksicht des Kaisers nicht nur mit möglichst folgerichtigen Befehlen, sondern — und das wohl nicht minder folgerichtigen Entscheidungen, vor die der Bundesrat gestellt worden kann, zusammenhängt. Demnach ist, wie gesagt, wort über wort, daß der Abstimmung der Militärvorlage zuvor bestehende Widerstand nicht einmal hergestellt, geschweige denn beobachtet worden. Auch in diesem wesentlichen Puncte unterscheidet sich die Lage von der im Jahre 1887, wo beispiel-

weise der Prinz-Regent von Bayern noch vor Eintreten seiner Reise nach Berlin vor sein Einverständniß mit einer kontinuierlichen Auflösung handgegeben hatte.

C. H. Berlin, 1. Mai. Das vorige Jahr Schnee und in diesem Jahr Vogel und Regen; der Himmel steht der Kaiser alle nicht sehr zu sein, und in Berlin hat man sich mit allen anderen Dingen, nur nicht mit der Kaiserreichsbehörde beschäftigt. Die Vocale, in denen Nachmittag und Abends das heiter Hallenhaus, wobei zwar guten Besuch auf, aber das ist an jedem Sonntag bei billigem Concert und Spezialitäten Vorstellung der Hall. Hatte man nicht den ersten Aufzug der Vocale mit den vielen Läufen und Marz-Wahlen bemerkt, so hätte man glauben können, einen gewöhnlichen Sonntagsausgang zu bejubeln. Die "Genossen" fanden sich in den Festlokalen zum Kaffee und mit sich führenden ein, oft die ältesten Freunde mit sich führenden. Aber da es im freien empfindlich war, so wurde bald der Salz aufgeworfen. Bei dem sich später entzündeten Rauche war es wirklich eine Strafe, in dieser Halle anzuhalten, und rebellisch regte sich manches kleine Kindermädel. Von den Besuchern schreibt man am besten, es war das ewige Querstreit, und die jüttige Besinnung der Abstimmung des Abstimmungstages, wie die Bemerkung des Reichstagsabgeordneten, die ich im alten Schiedsraum in der Ullrichstraße, etwa 600 Mann stark, zusammengekommen waren. Die Besinnung wurde aufgelöst, weil ein Redner unter Bezugnahme auf die Person des Kaisers und etwas Besonders, auf Vater und Mutter zu schwören, an das stärkste Gedächtnis erinnerte. Die Sonntagsveranstaltungen litten unter einer entgegengesetzten Freude, nur bei Viehmarkt im Cöllnischen und bei den Bäumen war der Besuch nicht schlecht.

— Den Bundesrat ist ein Kreisgegenstand, betreffend die Gewährung von Unterstüzung an Invaliden und deren Angehörigen aus den Kriegern vor 1870 zur Gleichstellung mit denen von 1870/71, zugegangen.

— Die deutschfreisinnige Fraktion des Reichstags hat heute über die Militärvorlage verhandelt. Über das Ergebnis der Verhandlung steht die "Bund." Es folgendes mit:

Am 6. März waren 47 anwesend. Nach längerer Debatte wurde mit 38 gegen 9 Stimmen beschlossen, den in der Commission abgelegten Antrag Richter — verlustauslösende Entfernung der gesetzlichen Dienstzeit ohne Erhöhung der Dienstgegenstöße — bei der zweiten Beratung im Plenum wieder einzulegen. Die Minorität meinte, daß keine Hand vor für eine einzige Dienstzeit am 1. August 1887, zugestellt werden sollte. Sie forderte, daß der Konsens der "Kreuzzeitung" — ein dreimonatiges Letzten — angetreten. Für diese Abstimmung ist vielmehr zur Zeit eine höhere Abstimmung nicht möglich, da beide Regierungen ein strenges Geheimnis beobachten. (Sgl. unter "England" und "Reichstag".) (Rhe.)

— Der Vermaltungsrat der Deutschen Colonialgesellschaft für Südwestafrika hat dem mit dem Vierthalbtausend-Synodal vereinbarten Abkommen seine Zustimmung erteilt.

— In einer Besprechung der Altwart'schen "Acten" sagt die "Kreuzzeitung":

"Als bei der Belegung der Gelber des Invalidenfonds seiner Zeit Angehörige ausgetrieben wurden, gegen die sich eine, auch vom Generalschiff unterrichtete Revolution gesetzte, hat

— Weimar, 30. April. Dem seit dem 1. Februar als Redakteur der "Weimarer Zeitung" thätigen und dieses früher genannte liberale Blatt im Sinne der "Kreuzzeitung" leitenden Herrn Franz Sandow ist gestern Abend seitens des gehörigen Staatsministeriums, Department des Auswärtigen und Inneren (von Greif), die ihm vertragsgemäß zustehende vierjährliche Rendition zum 1. August d. J. zugestellt worden. Es heißt darin vertheilt:

"Herrn Sandow denkt die 'Kreuzzeitung'."

— Herrn Sandow denkt die "Kreuzzeitung".

—

